

Posener Zeitung.

Sechshundneunzigster

Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, fernere bei Carl A. Schlegel, Gölle, Dr. Gerber u. Dreifaltigkeit, Otto Niekisch in Firma J. Henmann, Wilhelmstraße 8, in Gnesen bei S. Chaylowitz, in Pleschen bei J. Matthes u. bei den Inseraten-Annahmestellen von C. J. Parde & Co., Hausenlein & Fagler, Rudolf Meyer (und „Jugendbank“).

Verantwortlich: Redakteur für den politischen Theil: C. Fontane, für Feuilleton und Vermischtes: J. Kochner, für den übrigen redaktionellen Theil: J. Schmiedeknecht, sämtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratenthail: C. Kurrer in Posen.

Nr. 899.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 24. Dezember.

Inserate, die sobagogapaltene Fetitzelle oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1889.

Erscheinen der Zeitung.

Die letzte Hauptnummer unserer Zeitung vor dem Weihnachtsfeste erscheint heut Abends 8 1/2 Uhr, und ist sowohl in der Expedition, wie auch in den Ausgabestellen in Empfang zu nehmen.

Inserate für diese Nummer werden bis Nachmittags 2 Uhr angenommen. Die Abendnummer fällt heut aus, dagegen erscheint die Mittagsausgabe in dem Umfange eines ganzen Bogens. Die erste Zeitungsnnummer nach dem Feste gelangt Freitag, den 27. d. M., Mittags 11 Uhr, zur Ausgabe.

Die Arbeiterbewegung und ihre Folgen.

Es scheint, daß für den Oberberghauptmann die Arbeiterverbände in den Kohlen-Revieren jetzt ebenso verhängnisvoll werden sollen, wie in diesem Sommer für den damaligen Oberpräsidenten von Westfalen und den damaligen Regierungspräsidenten in Arnberg. Daß die beiden Letzteren in keiner Weise den Situationen gewachsen waren, die der Zustand im Ruhrrevier mit sich brachte, wird heute allseitig gegeben. Bis dahin galten jene Beamten freilich als feste Träger des gegenwärtigen Regierungssystems. Dem Oberberghauptmann kann man weniger positive Fehler in der Bergarbeiterbewegung zum Vorwurf machen, als den Umstand, daß die Bergbehörden überhaupt dabei mit ihrer Autorität nicht in den Vordergrund getreten sind. An sich hätte es doch näher gelegen, wenn von dieser sachmännischen Seite eine Vermittelung erfolgt wäre, als von Seiten der Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten. Der Mangel an Zwangsbefugnissen den Arbeitern und Arbeitgebern gegenüber kann dabei nicht in Betracht kommen, denn die Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten haben solche Befugnisse auch nicht. Im Saarrevier aber sind die Bergbehörden selbst die Arbeitgeber, und es spricht allerdings nicht für dieselben, daß es dort weniger als im Ruhrrevier in der vergangenen Woche gelungen ist, den Zustand völlig zu verhindern. Einige Bekanntmachungen von Bergbehörden an der Saar zeigen auch, daß es denselben noch schwerer fällt als den privaten Zechenverwaltungen, den patriarchalischen Standpunkt gegenüber den Bergleuten zu verlassen.

Es ist nicht erfreulich, daß wenn im Lande schwierige Situationen entstehen, sich eine alsbaldige Aenderung in den Spitzen der Behörden notwendig erweist. Was soll daraus werden, wenn einmal größere Krisen dieser oder jener Art in unseren inneren Verhältnissen hervortreten. Solange die Dinge ihren alltäglichen Verlauf nehmen, ist es ja nicht schwer, aus den für gewöhnliche Fälle ausreichenden Sammlungen von Ministerialreskripten die bezügliche Nummer zur Anwendung zu bringen. Aber außerordentliche Verhältnisse erheischen selbständige Gedanken und wenn auch der Telegraph jeden Augenblick gestattet in Berlin Instruktionen einzuholen, so verlangt doch der Minister selbständige Vorschläge, gegründet auf selbständige Beurtheilung der Verhältnisse an Ort und Stelle. Da hapert es wohl zuweilen. Das Beamtenthum ist solcher Selbständigkeit weit mehr als in früheren Zeiten entbehrt, weil sich Alles immer mehr auf die Ansicht und Entscheidung des Reichskanzlers auch in den inneren Verhältnissen zugespielt hat und der Reichskanzler auch beim besten Willen nicht Alles zu übersehen und zu leiten vermag.

Neuerlich sind die Oberpräsidenten, die Präsidenten und die Landräthe ausdrücklich angewiesen worden, mit den Arbeiterdeputationen selbst zu verhandeln und zwischen diesen und den Arbeitgebern zu vermitteln. Als im Mai aber der große Arbeiterausstand im Ruhrrevier schon Wochen lang bestand, war noch kein höherer Verwaltungsbeamter selbständig auf den Gedanken gekommen, in unmittelbarer persönlicher Beziehung zu Arbeiterdelegationen zu treten. Man wußte noch nicht, wie dies in Berlin würde aufgenommen werden und zeigte daher die Energie nur in den Requisitionen von Gendarmen und Militär.

Jetzt sind die Verwaltungsbehörden zu einer anderen Praxis gekommen. Nun aber schlägt die Justizverwaltung Wege ein, die noch verhängnisvoller erscheinen, als die früheren falschen Maßnahmen der Präsidenten und Landräthe. Während bis vor Kurzem in Deutschland Niemand die öffentliche Aufforderung zum Kontraktbruch für strafbar gehalten hat und alle Parteien und Regierungen eine Aenderung der Gesetzgebung in

dieser Richtung als durchaus unweidmässig von sich gewiesen haben, findet ein Senat im Reichsgericht plötzlich auf Anrufen eines Staatsanwalts in Bochum die Zulässigkeit der Anwendung des § 110 des Strafgesetzbuches nicht bloß auf den „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ (so lautet der Abschnitt des Strafgesetzbuches, in welchem sich dieser Paragraph befindet) sondern auch auf zivilrechtliche Privatabmachungen. Der Minister des Innern säumt nicht, von dieser Entscheidung alle Behörden in Kenntniß zu setzen und aufzufordern, von dieser Erweiterung der Strafgewalt sofort Gebrauch zu machen.

Derselbe Staatsanwalt im Ruhrrevier, der die Veranlassung gegeben hat zu dieser neuen Entscheidung über die Anwendbarkeit des § 110, entdeckt nun weiter, daß wenn Arbeiter eine Zechenverwaltung mit Strike bedrohen für den Fall, daß eine Arbeiterperre nicht aufgehoben wird, eine strafbare Erpressung vorliegt. Der Staatsanwalt weist nun die ihm untergebenen Behörden an, auf solche Erpressungen zu fahnden. Es ist sehr bedauerlich, wenn mitten in einer Arbeiterbewegung solche neue Auslegungen der Strafgesetze plötzlich zur Anwendung kommen, die, wenn sie wirklich haltbar wären, zur sofortigen Abänderung des Strafgesetzbuches Veranlassung geben müßten, weil der Gesetzgeber diese Auslegungen nicht gewollt hat, und dieselben geeignet sind, Konflikte nicht auszugleichen, sondern zu verschärfen und die Arbeiter von vermeintlichen Rechtsverletzungen zu wirklichen Rechtsbrüchen zu führen.

Deutschland.

△ Berlin, 22. Dezember. Der Finanzminister ist von seinem Augenleiden so gut wie ganz hergestellt. Er wird den Etat persönlich vor dem Abgeordnetenhause vertreten, und seine Freunde versichern, daß die Theilnahme des Herrn v. Scholz an den parlamentarischen Arbeiten so lebhaft wie nur je sein wird. Von einer Finanz-Ministerkrise spricht Niemand mehr. Bestanden hat sie indessen, und beigelegt worden ist sie ersichtlich nur dadurch, daß Herr v. Scholz sich dem Willen des Fürsten Bismarck in Bezug auf die Steuerreform gefügt hat. Mit anderen Worten: Wir haben auch für die bevorstehende Landtagsession auf eine Reform der direkten Steuern mit der Grundlage der Selbstschätzung zu verzichten. Herr v. Scholz hat diese Reform gewollt, das gesammte Staatsministerium hat sie gebilligt, und der Kaiser hat sie in der vorjährigen Thronrede versprochen. Aber weil dem Reichskanzler nachträglich Bedenken aufgestiegen sind, ist nichts aus der Sache geworden, und wird auch fernerhin nichts aus ihr werden. Herr v. Scholz hat gute Miene zum bösen Spiel gemacht, Spötter sagen freilich, daß er eine böse Miene zum guten Spiele aufgesetzt habe; indessen, ob so oder so, er hat durch sein Bleiben dem Fürsten Bismarck die Verlegenheit erspart, nach einem unfindbaren Finanzminister suchen zu müssen, nach einem Minister, der es versteht, den Belz zu waschen, ohne sich und die Anderen dabei naß zu machen. Herr v. Scholz kann Alles; er kann sogar gute Entwürfe aufstellen und dann doch auf sie verzichten. Er ist der bequemste Kollege, den sich der Reichskanzler wünschen kann. Niemals wird dieser einen bequemeren finden, und nun gar ein Tausch etwa mit Herrn Miquel kann für den Fürsten Bismarck kaum etwas Verlockendes haben. — Die Aufstellung eines Arbeiter-Kandidaten, der eben nur Arbeiter-Kandidat wäre und keine besondere Parteistellung einnähme, scheint in einem der zum Ruhrkohlen-Revier gehörigen Wahlkreise beabsichtigt zu sein. Man kann diesen Versuch billigen; jedoch allerdings nur im Sinne eines Versuches. Es ist klar, obwohl es bestrebender Weise noch nirgend hervorgehoben worden ist, daß vom grundsätzlichen, vom sozusagen normalen Standpunkte die Aufstellung eines solchen „Arbeiter-Kandidaten“ nicht völlig richtig sein würde. Weder soll ein Gewählter die Interessen eines Standes oder einer Klasse vertreten und im übrigen partellos sein, noch sollen sich die Wähler nach Ständen scheiden, was, über den Arbeiterstand hinaus auf alle übrigen Berufe erweitert, zu einer Aenderung des Wahlsystems im Sinne der bekanntlich schon vorgeschlagenen Wahl nach Berufen führen müßte. Der Abgeordnete soll der Vertreter der Gesamtinteressen des Landes, und soweit das Gesamtwohl es erlaubt, der Interessen der Wähler seines Wahlkreises (natürlich sämtlicher, nicht bloß seiner Wähler) sein; und der einzelne Wähler soll die Fähigkeit gewinnen, bzw. sie wird bei ihm vorausgesetzt, den Kandidaten unter dem Gesichtspunkt dieser Pflichten-Vereinigung und Abwägung zu prüfen. Was jedoch den Gedanken der Aufstellung eines reinen Arbeiterkandidaten hervorgerufen hat und ihn vielleicht rechtfertigt, weiß jeder Mann: der extremen Sozialdemokratie gegenüber, welche sich als die Vertretung des arbeitenden und insbesondere des hand- und lohnarbeitenden Theiles der Bevölke-

rung bezeichnet, soll versucht werden, ob eine Vertretung des Interesses dieser Klasse im nicht-sozialistischen und antisozialistischen Sinne im Reichstage mit Erfolg möglich ist. Ohne jeden Zweifel lohnt sich die Frage des Versuchs. Zweifelhaft ist am Ende nur, ob der Versuch sich praktisch so rein darstellen wird, wie er gedacht ist. Will die nationalliberale (lokale) Parteileitung den Arbeiterkandidaten bloß unterstützen, oder ist sie die Urheberin der Kandidatur? — Für ein deutsch-konservatives Parteiblatt in Berlin, welches im Gegensatz zu dem leitenden deutsch-konservativen Blatte durchaus regierungsfreundlich sein sollte, sind die Zeichnungen, der Berliner „Börsen-Zeitung“ zufolge, so schwach gewesen, daß noch nicht 50000 Mark zusammen kamen und das Unternehmen als gescheitert gelten kann. Da die „Börsen-Zeitung“ diesmal nicht über Vorgänge in ihrer eigenen Partei berichtet, in denen sie sich regelmäßig als schlecht unterrichtet erweist, so kann ihre Angabe einmal zutreffen. Die Ausschichtslosigkeit des Versuches wäre auch bei der vorhandenen Zahl großer konservativer Blätter in Berlin voraussehen; ein Blatt von geringem Umfang, auf die kleinen Leser berechnet, würde der „Kreuzzeitung“ gegenüber keine Bedeutung gewinnen. In Berlin dominieren politisch die Extreme; auch auf der Rechten ist der Einfluß des hochkirchlich-feudalen Blattes schwerlich zu brechen.

— Der Kaiser, welcher, wie gemeldet, von einer leichten Erkältung ergriffen war, ist jetzt vollständig wieder hergestellt und hat bereits am vorgestrigen Nachmittage das Bett wieder verlassen können. Auch am gestrigen Tage erschien der Kaiser bereits ganz zeitig in seinem Arbeitszimmer und erlebte während der nächsten Stunden Regierungsangelegenheiten. Auch das Befinden der Kaiserin, des Kronprinzen und der kaiserlichen Prinzen ist ein vortreffliches. Am 30. Dezember werden der Kaiser und die Kaiserin mit den kaiserlichen Prinzen und dem gesammten Hofstaate nach Berlin übersiedeln, um während der Winterzeit hieselbst im königlichen Schlosse Wohnung zu nehmen.

— Der Kaiser hat, wie der „Tägl. Rundschau“ aus Hofkreisen mitgeteilt wird, Veranlassung genommen, dem Direktor der Staatsarchive, Dr. v. Sybel, Dank zu sagen für Uebersetzung des Werkes über „Die Gründung des Deutschen Reiches.“ Der Monarch soll geäußert haben, es freue ihn, daß gerade auf Grund preussischer Staatsakten genau bekannt werde, wie früh und wie beharrlich sein Großvater das eine Ziel verfolgt habe, die deutschen Staaten zu einigen und das Reich fest zu gründen. Die beiden ersten Bände versprechen eine Geschichtsdarstellung, die jedem Historiker, der sich mit vaterländischen Stoffen beschäftigt, die Wege zeige, auf denen ein größerer Einblick in das Werden der Dinge gewonnen werde. Nächst der großen Arbeit des Generalstabes über den deutsch-französischen Krieg sei das Sybelsche Werk zweifellos die bedeutendste Leistung der Geschichtswissenschaft in den letzten zehn Jahren, und gewiß werde die Verwerthung der Staatschriften, wie der bewährte Schriftsteller sie getroffen habe, nur dazu beitragen können, das Gesellen an der Größe des Reiches und an der Tüchtigkeit seiner Staatsmänner neu zu beleben, auch die Lust an dem Geschichtsstudium in immer weitere Kreise zu tragen.

— Die Kaiserin Augusta Victoria hat dem türkischen Feldmarschall Fuad Pascha, dem Adjutanten des Sultans, ihr lebensgroßes Bildniß mit eigenhändiger Namensunterschrift zum Geschenk gemacht.

— Herr Hammacher wird demnächst, wie schon gemeldet, den Vorsitz im Verein für die bergbaulichen Interessen im Ober-Bergamtsbezirke Dortmund niederlegen. Als Grund wird angegeben, daß er seinen ständigen Wohnsitz in Berlin genommen habe und einem im Ruhrbezirk wohnenden Industriellen Gelegenheit geben wolle, die Leitung der Geschäfte zu übernehmen. Dieser Grund — so schreibt man der „Darm. Zig.“ — scheidet mit den Gesundheitsrückichten, welche so häufig Staatsminister zum Verlassen ihres Amtes veranlassen, auf gleicher Höhe. Herr Hammacher hat eingesehen, daß er nicht mehr das Vertrauen der Vereinsmitglieder genießt, und zieht es vor, sich jeder Verantwortlichkeit für das, was die Herren in Essen, Bochum, Dortmund u. s. w. beschließen, zu entäußern. Man kann ihm dies nach den Erfahrungen, die er in diesem Jahre gesammelt hat, nicht gerade verübeln. Herr Krabler wird wohl sein Nachfolger werden.

— Der Betrag der für die Naturalverpflegung der Truppen zu gewährenden Vergütung ist für das Jahr 1890 dahin festgesetzt worden, daß an Vergütung für Mann und Tag zu gewährt ist: für die volle Tageskost mit Brot 80 Pf., ohne Brot 65 Pf., für die Mittagskost mit Brot 40 Pf., ohne Brot 35 Pf., für die Abendkost mit Brot 25 Pf., ohne Brot 20 Pf., für die Morgenkost mit Brot 15 Pf., ohne Brot 10 Pfennige.

